



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

wir sind mitten in einem Kraftakt, um insbesondere Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen noch besser zu schützen — bis die Impfungen weiter vorangeschritten sind und hier nach und nach Entlastung geben. Der Schutz des Lebens gehört zu unserem christlichen Selbstverständnis als Union. Dabei ist für den Erfolg ganz entscheidend, dass Bund, Länder und Kommunen gut zusammenarbeiten. Dieser Zusammenarbeit gilt daher unsere volle Konzentration. Dass es irgendwo zwischen den staatlichen Ebenen „ruckelt“, können wir uns eigentlich nicht leisten, da es um Menschenleben geht. Auch ist jetzt nicht die Zeit für parteipolitisches Taktieren.

Gleichzeitig stehen wir bei Selbständigen und Unternehmen im Wort, unverschuldete wirtschaftliche Härten aufgrund der Schutzmaßnahmen pragmatisch abzumildern. Hierzu tauschen wir uns laufend mit der Bundesregierung aus und geben Rückmeldungen, die wir aus den Wahlkreisen erhalten, weiter. Die Hilfen müssen jetzt endlich in zugesagter Höhe fließen.

Die Bilder zu den Ausschreitungen im US-Kapitol haben uns alle entsetzt. Dahinter steht eine tiefe Spaltung in der amerikanischen Gesellschaft. Die neue Biden-Administration steht vor einer innenpolitischen Mammutaufgabe. Europa und insbesondere wir Deutschen können diesen Prozess durch verlässliche und vertrauensvolle Kooperation mit unseren US-amerikanischen Partnern unterstützen – vom Klimaschutz über Fragen der Digitalisierung und der Sicherheit bis hin zur Stärkung des Freihandels. Wir bauen weiterhin auf eine starke US-amerikanische Demokratie.

Gleichzeitig sind die Ereignisse auch eine Mahnung für uns alle. Das Thema Zusammenhalt in der Gesellschaft ist aktueller denn je. Wir als Union legen daher – nicht erst seit diesen Vorkommnissen – einen ganz großen Schwerpunkt hierauf.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 2021  
Ihre und Eure



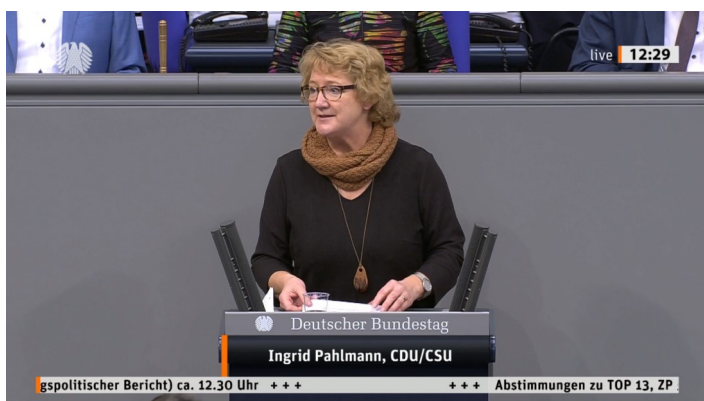
## Bericht aus Berlin

### Faire Preise für sichere und gesunde Lebensmittel

Im Zuge einer Plenardebatte zum Ernährungspolitischen Bericht der Bundesregierung hielt ich am Donnerstag eine Rede für meine Fraktion. Dabei ging ich nicht nur auf die Erfolge unserer Ernährungspolitik der letzten Jahre ein, sondern auch auf die aktuelle Preissituation für die landwirtschaftliche Urproduktion.

Wir als Union wollen in Fragen der Ernährung (und auch sonst!) nicht bevormunden, sondern die gesunde Wahl zu einer leichten Wahl machen. Deshalb sind die vielen Programme wie die Reduktionstrategie für Zucker, Fett und Salz, das Verbot von gesüßten Säuglings- und Kindertees, die Förderung von INFORM usw. auch immens wichtig und müssen fortgeführt werden. Ernährung gehört nun einmal zu den

ureigensten Bereichen unseres Lebens. Deshalb sollte jede und jeder befähigt werden und auch die Möglichkeit haben, sich gesund und abwechslungsreich zu ernähren. Dafür setzen wir mit unserer Politik den richtigen Rahmen, egal ob zu Hause, unterwegs, auf der Arbeit, in der Kita, der Schule oder im Seniorenheim. Gemeinschaftsverpflegung nach DGE-Standards sollte der Maßstab sein. Dass uns sichere, nachhaltig hergestellte und hochwertige Lebensmittel zur Verfügung stehen, ist keine Selbstverständlichkeit. So gehören unser Dank, unsere Anerkennung und unsere Rückendeckung dem landwirtschaftlichen Berufsstand, der für diese Leistung auch wirtschaftliche Preise erhalten muss. Die Protestaktionen vor den Toren des Lebensmitteleinzelhandels haben allerdings nur zu blumigen Bekenntnissen der Handelsriesen geführt und zu Zusagen, die zum Teil nicht lange gehalten haben. Dieses Verhalten ist unehrenhaft, unanständig und weit weg von Verhandlungen auf Augenhöhe. Gute, nachhaltige Produktion hat ihren Preis, da bedarf es eines Umdenkens aller Beteiligten, über Handelsketten, Genossenschaften und verarbeitende Industrie hinweg. Auch beim Verbot der unlauteren Handelspraktiken werden wir genau hinsehen und deutlich nachschärfen. Aber auch wir Verbraucher sind gefragt. Lockangebote des Lebensmitteleinzelhandels stehen in der Regel nicht für faire, gerechte Preise. Wir alle haben die Macht, wirtschaftliche und sozial nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu unterstützen. Nutzen wir diese Macht, schauen wir genau hin, kaufen wir regional und stärken wir so mit unserem Kaufverhalten die Bemühungen der Landwirtschaft.



[Die Rede und weitere Informationen auf meiner Homepage.](#)



## Bericht aus Berlin

### Vollstes Verständnis für den Unmut der Landwirte

Nach massiven Protesten der heimischen Milchbauern Anfang Dezember 2020 vor dem Aldi-Lager in Hesel gegen die angekündigte starke Absenkung des Butterpreises hatte das Unternehmen zugesagt, auf diese drastische Maßnahme zu verzichten. Jetzt kündigte der Discounterriese doch an, seinen Lieferanten pro Kilogramm Butter 56 Cent weniger bezahlen zu wollen. Üblich seien zu Jahresbeginn lediglich bis zu 20 Cent weniger.



Ich habe vollstes Verständnis für den Unmut der Landwirte. Der Lebensmitteleinzelhandel hat in der Coronakrise durchaus gute Geschäfte gemacht, während viele landwirtschaftliche Betriebe ein absolut schwieriges Jahr hinter sich haben. Die Wertschätzung der verantwortungsvollen Arbeit der Landwirte muss gesellschaftlich endlich den Stellenwert bekommen, der ihr zusteht und muss sich auch in wirtschaftlich angemessenen Preisen zeigen. Die Zeiten des rücksichtslosen Preisdrucks bei Lebensmitteln auf die Bauern müssen ein Ende haben.

Ähnlich verstimmt äußert sich mein Peiner Kollege, der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Plett: „Zurecht sind die Milchbauern hier verärgert, wenn sich Aldi nicht an Absprachen hält und aufgrund seiner Marktmacht die Molkereien gegeneinander ausspielen kann.“

Unsere Unterstützung für die Landwirtschaft haben wir in einer gemeinsamen Pressemitteilung bekräftigt.



## Bericht aus Berlin

### Impfungen gegen das Coronavirus geben Hoffnung

In beispielloser Geschwindigkeit ist eine sichere Impfung gegen das Coronavirus möglich geworden. Das ist eine große Erleichterung – und ein Hoffnungszeichen dafür, dass wir in absehbarer Zeit ein Stück unserer alten Normalität zurückgewinnen können. Noch vor einem Jahr hätten wir es für unmöglich gehalten, bereits jetzt über einen sicheren Impfstoff zu verfügen. Das sollten wir bedenken und uns nicht kaputt reden.

Trotz des Impfstoffs müssen wir alle Vorsichtsmaßnahmen weiterhin streng befolgen. An den aktuellen Infektionszahlen können wir ablesen, dass wir noch einige Zeit mit der Corona-Pandemie leben müssen. Daher mein dringender Appell: Halten Sie sich weiterhin an die Abstands- und Hygieneregeln! Nur so können wir vermeiden, dass das Virus sich weiter ausbreitet.

Anfangs ist der Impfstoff nur in begrenzten Mengen verfügbar. Deshalb müssen wir Prioritäten setzen, wer zuerst geimpft werden kann. Für die Rangfolge haben wir mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz die gesetzliche Grundlage gelegt. [Die Impfverordnung des Bundesgesundheitsministeriums](#), die darauf basiert, orientiert sich an der Empfehlung der Ständigen Impfkommission. Mit der Verordnung sind wir flexibel: So können wir unsere Impfstrategie stets auf neue Impfstoffe oder neue Erkenntnisse über deren Wirkweise ausrichten.



Die vorgesehene Reihenfolge der Impfungen ist sinnvoll: Zuerst muss dort geimpft werden, wo besonders schwere Krankheitsverläufe oder gar Todesfälle drohen. Wir beginnen mit denjenigen, die am verletzlichsten sind – den Hochbetagten, den Pflegebedürftigen. Und zu ihrem Schutz mit denjenigen, die sich tagtäglich um sie kümmern, die sie pflegen.

Deutschland gehört zu den Ländern auf der Welt, die nach dem aktuellen Stand der Dinge bereits jetzt darauf bauen können, im Verlauf dieses Jahres genug Corona-Impfstoff für die gesamte Bevölkerung zu haben. Es wurde erheblich mehr Impfstoff bestellt, als wir am Ende benötigen werden. Diese Tatsache sollte uns Anlass zur Zuversicht geben. Wir können die Pandemie jedoch nicht national alleine bewältigen. Deswegen war die Grundsatzentscheidung, den europäischen Weg zu gehen, richtig. Wir können (und wollen) uns nicht von unseren Nachbarn abschotten.





## Bericht aus Berlin

### Unsere Alterssicherungspolitik hat sich bewährt

In dieser Woche diskutierten wir im Deutschen Bundestag den jährlich vorzulegenden Rentenversicherungsbericht und den alle vier Jahre vorzulegenden Alterssicherungsbericht. Die gesetzliche Rente ist gut aufgestellt und wird sich im gesetzlichen Rahmen weiterentwickeln. Bis zum Jahr 2025 wird der zu zahlende Beitragssatz die Haltelinie von 20 Prozent nicht überschreiten. Bis zum Jahr 2025 wird das Rentenniveau die Haltelinie von 48 Prozent netto vor Steuern nicht unterschreiten. Die Beitragseinnahmen sind erneut deutlich gestiegen. In absoluten Zahlen gerechnet, ist die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung zum Ende des vergangenen Jahres auf einen neuen Höchststand gestiegen.

Laut Alterssicherungsbericht hat sich die Gesamteinkommenssituation von Senioren (65 Jahre und älter) in den letzten Jahren äußerst positiv entwickelt. So lag das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen von Personen ab 65 Jahren im Jahr 2019 bei Ehepaaren bei 2.907 Euro, bei alleinstehenden Männern bei 1.816 Euro und bei alleinstehenden Frauen bei 1.607 Euro. Die Verbreitung der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge hat in den letzten Jahrzehnten zugelegt. Gut die Hälfte der Seniorinnen und Senioren beziehen Einkünfte im Alter aus einer betrieblichen oder privaten Vorsorge. Ferner sind laut dem Alterssicherungsbericht nur drei Prozent der 65-Jährigen und Älteren auf eine Leistung der Grundsicherung im Alter angewiesen.

Die Alterseinkommen von Selbstständigen sind sehr heterogen. Ehemals Selbstständige verfügen im Durchschnitt über ein vergleichsweise hohes Alterseinkommen. Gleichzeitig finden sich in dieser Gruppe aber auch viele Personen mit niedrigen Einkommen. So verfügt fast die Hälfte der ehemals Selbstständigen über ein Nettoeinkommen von unter 1.200 Euro, während es bei abhängig Beschäftigten nur gut ein Drittel ist. Der Anteil der Grundsicherungsempfänger ist unter ehemals Selbstständigen deutlich höher als unter ehemals abhängig Beschäftigten (4,2 Prozent gegenüber 2,5 Prozent). Anders als die meisten anderen Erwerbstätigen sind Selbstständige oft nicht in ein verpflichtendes Alterssicherungssystem einbezogen und haben offenbar überdurchschnittlich häufig nicht hinreichend für ihr Alter vorgesorgt.

Für den Alterssicherungsbericht wurde erforscht, warum Menschen auch noch im Rentenalter teilweise arbeiten. Mit 27 Prozent entfallen die meisten Nennungen auf die Kategorie „Spaß an der Arbeit“. Das ist die am häufigsten genannte Motivation. Mit rd. 24 Prozent folgt die Angabe, man sei durch die finanzielle Situation zu dieser Erwerbstätigkeit gezwungen. Es folgen soziale Aspekte, wie weiterhin eine Aufgabe zu haben oder Kontakt zu anderen Menschen.

Die beiden Berichte bestätigen unsere Linie in der Alterssicherungspolitik und sie räumen auf mit einer Reihe von Falschinterpretationen, die immer wieder vorgetragen werden.



## Bericht aus Berlin

### Entlastung für berufstätige Eltern

Mit einem Änderungsantrag haben wir wegen der Corona-Pandemie eine wichtige Regelung zum Kinderkrankengeld im Sinne der Familien beschlossen. Mit der auf das Jahr 2021 beschränkten Maßnahme erhalten gesetzlich Krankenversicherte das Kinderkrankengeld pro Kind längstens für 20 Tage, Alleinerziehende für 40 Tage; dieser Anspruch gilt auch in den Fällen, in denen eine Kinderbetreuung zu Hause erforderlich wird, weil die Schule, die Kita oder die Behinderteneinrichtung geschlossen ist bzw. für die Klasse oder Gruppe pandemiebedingt ein Betretungsverbot ausgesprochen wurde oder die Präsenzpflcht im Unterricht ausgesetzt ist. Das gilt insbesondere auch dann, wenn das Kind auf Grund der Empfehlung von behördlicher Seite die Einrichtung nicht besucht hat. In diesen Fällen beträgt das Krankengeld 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts der Versicherten. Der Anspruch besteht unabhängig davon, ob die geschuldete Arbeitsleistung nicht auch grundsätzlich im Homeoffice erbracht werden kann. Damit greifen wir berufstätigen Eltern unter die Arme, die Homeoffice, Homeschooling und Betreuung von Kleinkindern managen müssen. Dies ist in diesen schwierigen und für Familien mit Kindern besonders herausfordernden Zeiten ein wichtiges und klares Signal. Die Union steht auf ihrer Seite.

### Einigung zu Kinderrechten erreicht — Elternrechte bleiben gewahrt

Nach langem Ringen hat sich die vom Koalitionsausschuss beauftragte Arbeitsgruppe aus Union und SPD auf die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz geeinigt. Dabei haben wir uns als Union erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Rechte der Eltern sowie ihre Erstverantwortung gewahrt bleiben. Wir wollen das Kindeswohl ausdrücklich im Grundgesetz verankern, gleichzeitig aber das wohlaustarierte Dreiecksverhältnis von Kindern, Eltern und Staat aufrechterhalten. Die neue Formulierung des Artikels 6 (2) des Grundgesetzes soll wie folgt lauten (Neuerungen in Fettdruck):

„<sup>1</sup>Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. <sup>2</sup>Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. <sup>3</sup>**Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen.** <sup>4</sup>**Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen.** <sup>5</sup>**Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren.** <sup>6</sup>**Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.**“



## Bericht aus Berlin

### Hohe Nachfrage beim Investitionsprogramm

Diese Woche ist das große Investitionsprogramm für die Landwirtschaft gestartet, das Maschinen fördert, um Umwelt- und Klimaschutzanforderungen gerecht zu werden. Nach kurzer Zeit waren die ersten Mittel abgerufen, über 70 Mio. Euro. Die Nachfrage war so groß, dass anfangs sogar der Server zusammengebrochen war. Als Unionsagrarier haben wir kurzerhand mit der Ministerin gesprochen, ob man da was tun könnte, damit alle Antragswilligen zum Zuge



kommen. Sie hat schnell reagiert. So wurde nun entschieden, dass die nächste Förderrunde schon in sechs Wochen startet, um diesen Schwung zu nutzen. Damit werden weitere 72 Mio. Euro kurzfristig verfügbar. Denn unsere Landwirtschaft steht vor einem großen Innovationsschub: Neben den Anpassungen an die neue Düngeverordnung müssen die Anstrengungen für mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz intensiviert werden. Die Koalition in Berlin unterstützt die Landwirtinnen und Landwirte bei diesem Modernisierungsprozess, insbesondere mit dem Investitionsprogramm: In den kommenden vier Jahren wird eine Milliarde Euro bereitgestellt. Der große Zuspruch zeigt, dass wir einen Nerv und Bedarf getroffen haben.

### Mehr Sicherheit bei Lebens- und Futtermitteln

In erster Lesung berieten wir im Plenum eine Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) sowie anderer lebensmittelrechtlicher Vorschriften. Dies zielt unter anderem darauf ab, die Überwachung des Online-Handels mit Lebensmitteln zu verbessern. Darüber hinaus wird die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und Futtermitteln beschleunigt, vereinfacht und an veränderte Rechtsvorschriften der EU angepasst. Dies betrifft insbesondere die



Vorschriften über Lebensmittelzusatzstoffe und kosmetische Mittel. Um eine schnelle Rückverfolgung von Produkten zu gewährleisten, müssen Rückverfolgbarkeitsinformationen binnen 24 Stunden und elektronisch an die zuständigen Behörden übermittelt werden.



## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum

**Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland.** Mit dem Beschluss wird die Bundesregierung ermächtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland mit den Braunkohleunternehmen zu schließen. Damit der Vertrag vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterzeichnet werden kann, musste der Deutsche Bundestag dem Vertrag zustimmen. Der Vertrag enthält Vereinbarungen zur Stilllegung von Braunkohlekraftwerken in zeitlich gestaffelter Reihenfolge bis spätestens zum Jahr 2038 sowie die durch den Bund zu zahlenden Entschädigungen an RWE (2,6 Mrd. Euro) und die LEAG (1,75 Mrd. Euro). Entschädigungen werden nur für Kraftwerksstilllegungen bis 2030 gewährt.

**Gesetz für ein digitales Wettbewerbsrecht 4.0 (GWB-Digitalisierungsgesetz).** Mit dem Gesetz wird das System der Kartellrechtsaufsicht in Deutschland an ausgewählten Stellen zielgerichtet gestärkt und an die veränderten Anforderungen durch die Digitalisierung der Wirtschaft angepasst. Die Vorschriften des GWB-Digitalisierungsgesetzes werden insbesondere in den folgenden Bereichen geändert: Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden, Sanktionen für Kartellrechtsverstöße, Vorschriften zum gerichtlichen Bußgeldverfahren, Regelungen zum Kronzeugenprogramm für Kartellrechtsverstöße und Amtshilfe für andere Kartellbehörden. Zudem wird die Durchsetzbarkeit von Schadensersatzansprüchen aufgrund von Kartellabsprachen verbessert. Darüber hinaus enthält die Novelle eine Modernisierung der Missbrauchsaufsicht, um den Missbrauch von Marktmacht insbesondere durch digitale Plattformen besser erfassen und effektiv beenden zu können.

**Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir ein Gesetz zum Ausbau des Stromübertragungsnetzes in Deutschland. Mit dem Bundesbedarfsplangesetz werden die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf für zentrale Netzausbauvorhaben festgestellt. Es werden 35 neue Netzausbauvorhaben aufgenommen und acht bisherige Netzausbauvorhaben geändert. Darüber hinaus werden einige Anpassungen im Bundesbedarfsplangesetz, im Energiewirtschaftsgesetz, im Netzausbau-beschleunigungsgesetz Übertragungsnetz und im Energieleitungsausbaugesetz vorgenommen. Dies verfolgt in erster Linie das Ziel, eine zügige Durchführung der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu fördern.

Einen Überblick über die gut 19 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).





## Bericht aus Berlin

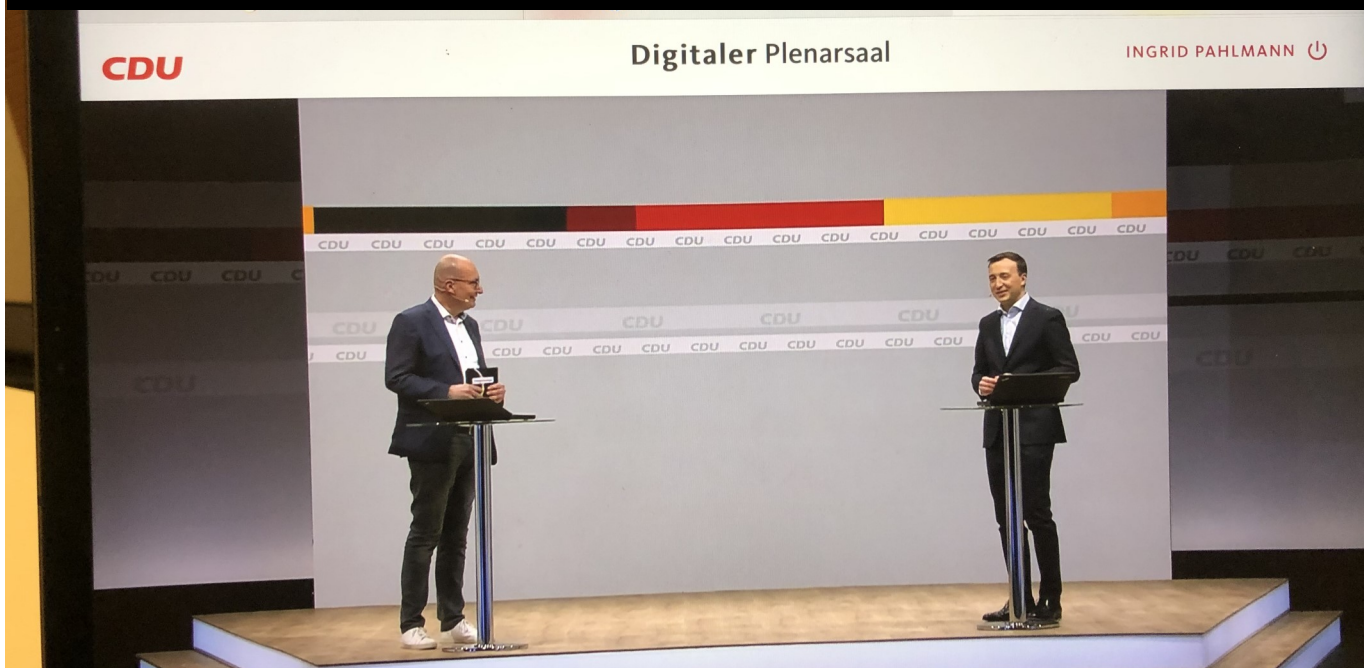
## Impressionen



Wenige sind zur Zeit unterwegs.  
Richtig so! Ich musste nach Berlin.



Die Bundeskanzlerin ist zur virtuellen  
Fraktionssitzung der Union zugeschaltet.



Probelauf zum 1. digitalen Parteitag der CDU. Ich freue mich, am Samstag dabei zu sein!



**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

Bilder:

**Kopfzeile S. 2-9:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

**Kopfzeile S. 10:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

**S. 2:** Screenshot Deutscher Bundestag;

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.